



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 06.10.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die Delegation der DVR schlägt heute in der Untergruppe zu humanitären Fragen der ukrainischen Seite vor, in das Gesetz der Ukraine über eine Amnestie Änderungen einzufügen, die nah an der heutigen Realität des Donbass sind. Dies berichtete heute eine Quelle aus der Nähe des Verhandlungsprozesses.

„Ein grundlegendes Thema des Treffens wird das Gesetz über eine Amnestie sein. Das Gesetz der Ukraine passt absolut nicht zur heutigen Situation im Donbass. Für uns ist es notwendig ein Dokument auszuarbeiten, das für beide Seiten akzeptabel ist.“

Das Wesen der Veränderungen aus der DVR besteht darin, in die Paragraphen des von der ukrainischen Rada beschlossenen Gesetzes über eine Amnestie die Paragraphen 258 (Terroristischer Akt) und 260 (Bildung nicht vom Gesetz vorgesehener militärischer oder bewaffneter Formationen) des Strafgesetzbuchs der Ukraine aufzunehmen. „Dies sind die Paragraphen, aufgrund derer zurzeit Tausende völlig unschuldiger Menschen in ukrainischen Gefängnissen festgehalten werden“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Leider sind in dem Gesetzesentwurf, den die Oberste Rada der Ukraine derzeit erarbeitet hat, diese Paragraphen nicht“.

Außerdem schlägt die DVR vor, einen Mechanismus auszuarbeiten, der die unschuldigen Einwohner des Donbass von Menschen unterscheiden kann, die tatsächlich ein Verbrechen nach den genannten Paragraphen begangen haben. Die ukrainische Seite hat nach den Worten der Quelle bis jetzt keine eigene Variante zur Lösung der Frage vorgelegt und besteht auf der bereits angenommenen Variante des Dokuments.

Wir erinnern daran, dass das Gesetz über die Amnestie von der Obersten Rada der Ukraine am 14. September angenommen wurde, aber bis heute wurde das Dokument von Präsidenten Petr Poroschenko nicht unterschrieben und ist nicht in Kraft getreten.

Dan-news.info: Erklärung der Bevollmächtigten der DVR und der LVR D. Puschilin und W. Dejnego

„Wir stellen mit Befriedigung fest, dass der Vorschlag der LVR zur Verlegung der Wahlen im Donbass auf den 21. Februar 2016 unter der Bedingungen einer vollständigen Erfüllung der politischen Punkte von „Minsk-2“ durch Kiew von der Normannischen Vier berücksichtigt wurden. Wir haben die Erklärungen und Empfehlungen von Frau Merkel und Herrn Hollande zu den Ergebnissen des Pariser Gipfels am 2. Oktober studiert. Wir haben heute hier, in Minsk, Konsultationen mit den Vertretern der OSZE und Russlands durchgeführt. Wir haben Anweisungen von unserer Oberhäuptern A. Sachartschenko und I. Plotnizkij erhalten.

Im Ergebnis dieser Arbeit teilen wir mit, dass die DVR und die LVR der Verlegung der Wahlen vom 18. Oktober und 1. November auf das nächste Jahr zustimmen.

In dieser Zeit wird die Ukraine verpflichtet sein, alle aufgrund der Minsker Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das heißt genau: einen Besonderen Status für den Donbass einzurichten, keine Verfolgung und Bestrafung von Personen zuzulassen, die an den Ereignissen auf den Territorien der Donezker und Lugansker Oblaste beteiligt waren und Änderungen in der Verfassung der Ukraine erneut abzustimmen, in einer mit uns abgestimmten Fassung.

Wir sind bereit, zusammen mit allen Teilnehmern der Minsker Vereinbarungen an einem abgestimmten Entwurf für ein besonderes Gesetz zu den Wahlen zu arbeiten. Aber diese Arbeit kann erst nach einer offiziellen Bestätigung eines Reglements der Kontaktgruppe und der Arbeitsgruppen fortgesetzt werden. Nötig ist es in einem Protokoll sowohl die Meinungsverschiedenheiten als auch die Kompromisse festzuhalten. Und deutlich zu wissen, welche Entscheidung als abgestimmt zu sehen ist und welche nicht.

Das Fehlen offiziell formulierter und veröffentlichter Entscheidungen hat dazu geführt, dass Kiew bis zum heutigen Tag entweder direkt die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen sabotiert hat oder einseitige Entscheidungen getroffen hat, die ihren Sinn pervertieren. Deshalb ist die politische Regulierung seit dem Februar keinen Schritt weiter gekommen.

Damit unsere Arbeit in Minsk ein Ergebnis hat, ist ein Reglement nötig.

Wir meinen, dass ein Entwurf für ein besonderes Gesetz zu den Wahlen, sowie auch Entwürfe für Änderungen in der Verfassung der Ukraine und anderer Gesetze, von allen Teilnehmern der Minsker Verhandlungen paraphiert werden müssen. In dem Fall, wenn im Verlauf einer Abstimmung in der Obersten Rada oder aus einem anderen Grund ein abgestimmter Text geändert wird, ist das als eine grobe und nicht akzeptable Verletzung des Maßnahmekomplexes zu werten.

Die DVR und die LVR bestätigen ihre Treue zum Friedensprozess für ein würdiges Leben und die Verteidigung der Rechte des Volks des Donbass“.

Minsk, Dienstag, 6. Oktober 2015

Dan-news.info: Die Untergruppe zu ökonomischen Fragen erörtert in diesen Minuten in Minsk die Frage der Wiederherstellung der mehrfach durch ukrainische Beschüsse beschädigte Donezker Filterstation. Dies teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit.

Er fügte hinzu, dass insbesondere die Vertreter der DVR versuchen die ukrainische Seite zu überzeugen, mit der Entminung des für den Beginn der Wiederaufbauarbeiten notwendigen Gebiets zu beginnen. „Donezk hat begonnen zu entminen, die Ukraine bisher nicht, die DVR versucht auf sie einzuwirken“, sagte die Quelle.

Außerdem ist anschließend geplant, die Wiederherstellung der Stromleitungen an der Frontlinie und die Reparatur der Eisenbahnstrecken zu erörtern.

Ria.ru: Kiew ist der Auffassung, dass für die Rückkehr der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste auf ein rechtmäßiges Gebiet es nötig ist die Ergebnisse der Wahlen am 2. November 2014 aufzuheben, erklärte heute die Pressesekretärin des Vertreters der Ukraine bei der dreiseitigen Kontaktgruppe Leonid Kutschma Darja Olfier.

„Für die Rückkehr der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste auf rechtmäßiges Gebiet lenken wir die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit die Ergebnisse der Wahlen vom 2. November 2014 aufzuheben“, heißt es in einer Erklärung der ukrainischen Seite in der dreiseitigen Kontaktgruppe, die Olfier auf ihrer Facebookseite veröffentlichte.

Ria.ru: Moskau begrüßt die Entscheidung der DVR und der LVR die örtlichen Wahlen in das nächste Jahre zu verschieben, erklärte der Pressesekretär der Präsidenten der RF Dmitrij Peskow. „Wir begrüßen diese Entscheidung“, sagte Peskow.

Ria.ru: Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko ist der Auffassung, dass die Verschiebung der Wahlen in der LVR und der DVR den Weg zur Rückkehr der Ukraine in den Donbass mit Hilfe von Wahlen nach ukrainischer Gesetzgebung öffnet, teilt er auf seiner Facebookseite mit. „Die direkten Folgen der koordinierten Handlungen der Ukraine und unserer Partner bei den Verhandlungen in New York und Paris ist, dass die ungesetzlichen Wahlen, aufgrund derer eine Wiederaufnahme der Kämpfe und eine Beendigung der Minsker Vereinbarungen drohten, abgesagt sind. Dies eröffnet den Weg zur Rückkehr der Ukraine in den Donbass mit Hilfe von Wahlen nach ukrainischer Gesetzgebung, auf den Grundlagen der Standards der OSZE und nach ohne Besatzungstruppen“, schrieb Poroschenko.

Dan-news.info: Die Untergruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen hat auf dem Treffen in Minsk einen Zeitplan für die Treffen bis Ende des Jahres festgelegt. Dies teilte eine Quelle aus der Nähe des Verhandlungsprozesses mit.

„Derzeit werden bereits Daten für die Treffen der Untergruppe bis zum Ende des Jahres festgelegt“, sagte der Verhandlungspartner der Agentur.

Er unterstrich, dass derzeit im Rahmen der Untergruppe die Fragen der Annahme eines Gesetzes über eine Amnestie durch die Ukraine erörtert wird und die Feststellung des Schicksal von Personen, die während des Konflikts im Donbass verschollen sind.

Nach Meinung der Quelle ist es bisher schwer einzuschätzen, wie das am 2. Oktober in Paris erfolgte Treffen der Führer der „normannischen Vier“ die Aktivitäten der Verhandler aus der Ukraine in der humanitären Untergruppe beeinflusst.

Ria.ru: Das Datum der Wahlen in Donezk und Lugansk muss die ukrainische Oberste Rada festlegen, erklärte die Vertreterin Kiews in der Untergruppe zu humanitären Fragen Irina Geraschtschenko.

„Das Datum der neuen Wahlen, die nach ukrainischer Gesetzgebung stattfinden müssen und an denen die Übersiedler teilnehmen müssen – die wahre Stimme des Donbass (und sie müssen auch die Möglichkeit bekommen zu wählen und in die örtlichen Räte und Bürgermeisterämter gewählt zu werden) – muss die Oberste Rada festlegen“, teilte Geraschtschenko auf ihrer Facebook-Seite mit.

kprf.ru: Die Entscheidung der Führung der Republiken des Donbass zur Verschiebung der örtlichen Wahlen auf das nächste Jahr kann begrüßt werden, aber das Wichtigste ist, dass Kiew „das Pulver reicht“, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, meint das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für internationale Angelegenheiten Leonid Kalaschnikow....

„Die LVR und die DVR kommen Kiew damit entgegen, was Poroschenko deklariert. Ich begrüße im Prinzip eine Verschiebung der Wahlen. Aber wie weit bei Poroschenko das Pulver reicht, seine Verpflichtungen zu erfüllen, daran habe ich große Zweifel“, sagte Leonid Kalaschnikow gegenüber RIA Nowosti.

Er erinnerte daran, dass Kiew mehrfach verschiedene Argumente vorgebracht hat, um die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen „einzufrieren“.

Ria.ru: Die dreiseitige Kontaktgruppe hat die Erklärung der LVR und der DVR über ihre Bereitschaft die Wahlen auf 2016 zu verschieben zu Kenntnis genommen, erklärte der Vertreter der OSZE Martin Sajdik.

„Die Vertreter der einzelnen Gebiete der Donezker und Lugansker Oblaste haben erklärt, dass die Daten der Durchführung der örtlichen Wahlen, die zuvor einseitig bekannt gegeben wurden, verschoben werden. Die dreiseitige Kontaktgruppe hat dies zu Kenntnis genommen“, sagte Sajdik.